## An den Präsidenten der Russländischen Föderation und die Öffentlichkeit

# gesellschaft für bedrohte völker

### (GfbV)

Society for Threatened Peoples

#### **GFBV DEUTSCHLAND**

Postfach 2024 D-37010 Göttingen

Tel +49 (0)551 49906-0 Fax +49 (0)551 58028 E-Mail info@gfbv.de

### www.gfbv.de

### GFBV INTERNATIONAL

Arbil (IRQ)
Bern (CH)
Bozen (I)
Göttingen/Berlin (D)
London (GB)
Luxemburg (L)
New York (USA)
Sarajevo/Srebrenica (BiH)
Wien (A)

#### MENSCHENRECHTS-ORGANISATION mit beratendem Status bei den UN und mitwirkendem Status

beim EUROPARAT

Für Menschenrechte. Weltweit.





# 10. Dezember, Internationaler Tag der Menschenrechte: Krimtataren schützen!

Am 10. Dezember haben sich jedes Jahr Krimtataren in Simferopol versammelt, auf ihre Lage aufmerksam gemacht und eine Resolution verabschiedet. In diesem Jahr verboten ihnen die pro-russischen Machthaber auf der Halbinsel jedoch alle Arten von Versammlungen – wie auch schon am Gedenktag der Deportation am 18. Mai. Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) beobachtet mit großer Unruhe, dass die Krimtataren sich nicht versammeln dürfen. Das ist ein klarer Verstoß gegen die Versammlungsfreiheit. Die Krimtataren haben also keine Möglichkeit, ihre Sorgen selbst auszudrücken, sie wollen jedoch, dass ihre Stimme gehört wird und das Ziel der russischen Machthaber – sie mundtot zu machen – nicht erreicht wird. Daher haben die Krimtataren die Gesellschaft für bedrohte Völker beauftragt, ihre Forderungen zu veröffentlichen.

Präsident Wladimir Putin hat in seiner Rede am 18. März vor den Abgeordneten der Duma, dem Föderationsrat, den Vertretern der Regionen und der Zivilgesellschaft den Krimtataren eine Sicherheitsgarantie gegeben und versprochen, dass sie sich auf der Krim entfalten könnten und ihre Rechte eingehalten würden. Auch die Machthaber auf der Krim selbst haben in dem Gesetz über "die Garantie der Rechte des krimtatarischen Volkes und seine Integration in die Gesellschaft der Krim", einen wichtigen Schritt getan. Doch diese Versprechen wurden nie erfüllt, im Gegenteil, wurden und werden Krimtataren Opfer schwerer Menschenrechtsverletzungen:

- Drei junge Krimtataren wurden ermordet. Die Täter wurden bislang nicht ermittelt.
- 19 Krimtatarinnen und Krimtataren "verschwanden", ihre Aufenthaltsorte sind unbekannt.
- Moscheen, Medressen und Privatwohnungen von Dutzenden Krimtataren wurden vom russischen Geheimdienst FSB in Zusammenarbeit mit den so genannten "Selbstverteidigungskräften" und der Polizei durchsucht.
- drei Krimtataren wurden verurteilt, weil sie am 3. Mai versuchten, die wichtigste politische Symbolfigur, den Abgeordneten des ukrainischen Parlamentes, Mustafa Dschemilew, dem die Einreise auf die Krim verboten wurde, empfangen und begleiten wollten.
- das Selbstvertretungsorgan, der Milliy Medschlis, wurde durchsucht, er musste seine Gebäude räumen und wird systematisch handlungsunfähig gemacht
- die krimtatarischen Medien werden schikaniert, mit Strafverfahren überzogen und mit Schließung bedroht

- die schwer bewaffneten ungekennzeichneten Milizen der sogenannten Selbstverteidigungskräfte schaffen nicht mehr Sicherheit in der Krim-Gesellschaft, sondern ein Klima der Angst, der Einschüchterung und psychischen Drucks
- Unterricht in ukrainischer und krimtatarischer Sprache wurde stark eingeschränkt
- Tausende Geschäfte und Grundstücke, auch krimtatarische, wurden "nationalisiert", das bedeutet praktisch ohne Kompensation enteignet
- Krimtataren werden überfallen, ihre Papiere entwendet, um eine Ausreise aus der Russischen Föderation zu verhindern
- bei Razzien werden gezielt Personen "nicht-slawischen Aussehens" gestoppt, ihre Papiere werden überprüft, sie werden in die Büros der "Abteilung zu Bekämpfung des Extremismus" mitgenommen, wo ihre Fingerabdrücke genommen und sie fotografiert werden. Überproportional viele Krimtataren sind davon betroffen.
- Die lokalen Machthaber bauen parallele Strukturen zu den bestehenden rechtmäßigen Selbstvertretungsorganen auf und versuchen mit ihrer "Teile- und Herrsche"-Politik die nationale Bewegung der Krimtataren zu spalten

### Daher fordern die Krimtataren von der russischen Regierung und den Machthabern auf der Krim

- Die schweren Menschenrechtsverletzungen an Krimtataren müssen sofort gestoppt werden.
- Die Morde an Angehörigen der Volksgruppe müssen lückenlos, unabhängig und schnell aufgeklärt und die Täter zur Rechenschaft gezogen werden.
- Die Einreiseverbote gegen Mustafa Dschemilew und den Präsidenten des Medschlis, Refat Tschubarow müssen aufgehoben werden.
- Die uns gegebenen Garantien müssen eingehalten, unsere individuellen und kollektiven Rechte müssen umgesetzt werden
- Versammlungsfreiheit, Meinungsfreiheit und Reisefreiheit müssen garantiert werden
- eine Ermöglichung der doppelten Staatsbürgerschaft ist anzustreben und straffrei zu garantieren
- Um all diese Probleme schnellstens zu lösen, muss es endlich zu einem gleichberechtigten und konstruktiven Dialog zwischen unseren rechtmäßigen Vertretern vom krimtatarischen Selbstvertretungsorgan, Milliy Medschlis, und der russischen Seite kommen. Wir stehen zu einem Dialog bereit.

Neben der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) mit ihrem Generalsekretär Tilman Zülch tragen die FUEN (Federal Union of European Nationalities), vertreten von Präsident Herrn Hans Heinrich Hansen, und die UNPO (Unrepresented Nations and Peoples Organisation), repräsentiert von Generalsekretär Marino Busdachin, diese Initiative.